PB.L-01-377-5

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Thorben Thieme (KV Neuwied)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 376 bis 377 einfügen:
Kommunen vorantreiben. In Modellprojekten sind Kommunen dabei zu unterstützen, auf einen umlagefinanzierten preiswerten ÖPNV umzusteigen. Mittelfristig muss es das Ziel sein, den ÖPNV durch eine entsprechende finanzielle Unterstützung der Kommunen zunächst mit einem 365€-Ticket und später zum Nulltarif anzubieten.

Begründung

Nur kommunale Modellprojekte für einen umlagefinanzierten preiswerten ÖPNV reichen nicht aus. Genau dies hat unser Verkehrsexperte im Bundestag, Anton Hofreiter, 2018 kritisiert, als die Bundesregierung fünf Pilotprojekte für einen kostenlosen ÖPNV initiierte: https://www.gruene-bundestag.de/themen/mobilitaet/kostenloser-nahverkehr. Er fügte hinzu, dass aus grüner Sicht nichts gegen einen kostenlosen ÖPNV spricht. Ebendiese Maßnahme sollten wir im Bund anstreben, um den ÖPNV attraktiver zu machen und den Umstieg von Auto auf Bus und Bahn zu erleichtern.

Besonders auf dem Land ist die Nutzung des ÖPNVs noch stark erschwert – nicht nur, weil die Versorgung mit dem ÖPNV noch nicht ausreichend gewährleistet ist. Auch sind die Kosten von Bus und Bahn weiterhin so hoch, dass viele Menschen nach wie vor lieber das Auto nutzen. So kann kein Klimaschutz gelingen, die Verkehrswende ist nur durch eine vermehrte Nutzung des ÖPNVs anstelle des Autos möglich. Daher sollte in einem ersten Schritt der ÖPNV zu einem Preis von 1€ pro Tag angeboten werden, was für alle Bürger*innen erschwinglich ist und zu Wertschätzung des ÖPNVs führen wird. Im zweiten Schritt ist ein kostenloser ÖPNV anstrebenswert, da er – im Zusammenspiel mit unserer Zukunfts- und Ausbauoffensive – sowohl dazu führen wird, dass Fahrten mit dem ÖPNV kaum oder nicht mehr länger als solche mit dem Auto dauern werden, als auch dafür sorgen wird, dass er auch finanziell attraktiver als eine Autofahrt ist.

Diese Maßnahmen erfordern eine entsprechende finanzielle Unterstützung der für den ÖPNV zuständigen Kommunen.

weitere Antragsteller*innen

Susanne Pithan (KV Kaiserslautern); Sonja Daniels (KV Neuwied); Michael Klein (KV Cham); Harald Rech (KV Saarbrücken); Bodo Daniels (KV Neuwied); Holger Zeise (KV Neuwied); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Bernd Rohde (KV Stormarn); Holger Wolf (KV Neuwied); Peter Buchholz (KV Neuwied); Daniela Wolter (KV Ahrweiler); Kerstin Bommersbach (KV Landau); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Tim Schäfer (KV Ahrweiler); Maximilian Linder (KV Neuwied); Susanne Haller (KV Neuwied); Marlon Wrasse (KV Westerwald); Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich); Katrin Brunke (KV Mainz); Verena Örenbas (KV Ahrweiler); Stephan Buchner (KV Mainz-Bingen); Sandra Wolf (KV Neuwied); Inge Rockenfeller (KV Neuwied); Jasper Jensen (KV Nordfriesland)